PLATTFORM NEWS

PN 2/14

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE)

FEBRUAR 2014 · EURO 2,–

Alibi oder echt?

EU-Kommission: Endlich EURATOM-Re...förmchen?

Im Aufmacher des Handelsblatts vom 14. Jänner klingt es nach Erfüllung der jahrelangen Hoffnungen und Bemühungen vieler österreichischer Antiatom-organisationen: „EU-Kommission erwägt Reform des EURATOM-Vertrags“. Auf jeden Fall stimmt, daß „erstmals seit knapp 60 Jahren“, also seit Vertragsabschluß, am EU-Sitz solche Erwägungen stattfinden. Zweck dieses einen von drei Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften war es, in Europa „eine mächtige Kernindustrie“ zu schaffen. So steht es, bis heute formal gültig, in der Präambel des 1957 geschlossenen Vertrags. Nun wachsen laut Kommissionsprotokoll vom 18.12.2013 im obersten Exekutivorgan der EU doch Zweifel, ob dieses politische Ziel noch zeitgemäß ist.

> **“Entschlossen, die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen ...”**
>
> **“... beschlossen, eine Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) zu gründen ...”**
>
> *(Aus der Präambel zum Euratomvertrag)*

Allerdings besteht in der EU-Kommission noch nicht einmal ein Konsens, ob es überhaupt zu einer Reform kommen soll. Und wenn ja, dann ist die Frage: soll sie tatsächlich nur den Vertragszweck – also: eine „mächtige europäische Kernindustrie zu schaffen“ – abmildern? Das hieße wohl nicht mehr als daß die Kommission den alleruntragbarsten Ballast abwerfen möchte. Es ginge lediglich um die Rücknahme eines heute derart anachronistischen Zieles, daß es den Vertrag und seine Verfechter eher lächerlich macht. Ein solches „Reförmchen“ hätte wohl einzig den Zweck, den EURATOM-Kritikern Wind aus den Segeln zu nehmen!

Fortsetzung Seite 2

Nach Jubel auf der Hut bleiben

EU-Generalvollmacht für Atomsubventionierung vom Tisch?

„Wir können uns wirklich alle gratulieren, denn da haben sich gerade in Österreich wirklich viele reingehängt“, schrieb die PLAGE in einer ersten Reaktion an die anderen Mitglieder im Österreichischen Netzwerk Atomkraftfrei (ÖNA).

Die PLAGE hatte als erste Organisation im ÖNA schon 2012 den damals erst inoffiziell bekannten Plan der europäischen Atomstaaten mit Großbritannien an der Spitze bekanntgemacht und darauf gedrungen, die österreichische Regierung zum Handeln zu bewegen. In der Folge übernahm Global 2000 hierin die Federführung gegenüber Wien und Brüssel. Die Briten wollten in der 2014 anstehenden Neufassung des EU-Beihilfenrechts mit abenteuerlichen Begründungen die Subventionserlaubnis für die ach so benachteiligte und nach 60 Jahren offenbar immer noch entwicklungshilfebedürftige Atomenergie unter-

Fortsetzung Seite 3

THE TIMES

Jüngste Wendung!

February 1, 2014

Brussels says state aid deal for Hinkley Point is illegal

The Financial Times, January 31, 2014

UK nuclear deal with EDF could waste £17.6bn, says Brussels

Diese Nachricht ist so sensationell, dass man fürchten kann, sie werde schon wieder von einem „Gegenschlag“ überholt sein, wenn die PN zu Leserin und Leser kommt! Zwar ist bei sachlicher – interessensfreier – Beurteilung des Hinkley-Deals zwischen der britischen Regierung und Electicité de France (EDF) gar keine andere Schlußfolgerung möglich. Doch eben, wo mächtige Interessen und zumal die Atominteressen dahinter sind, ist man von der EU-Kommission solche objektiven Beurteilungen eher nicht gewohnt. Diese jüngste Meldung widerspricht denn auch dem Tenor der Berichte und Einschätzungen in dieser PN. Die PLAGE würde sich nur freuen, wenn Brüssel in der Causa Atom-Subventionen / Anlaßfall Hinkley Point C tatsächlich den eigenen Wettbewerbsregeln Rechnung trüge. Im Augenblick gilt noch: den Tag nicht vor dem Abend loben!

Fortsetzung von Seite 1 (Alibi oder echt?)

1 : 400

In dasselbe Muster paßt die Vorgangsweise der EU-Kommission (Generaldirektion Energie / Kommissar Oettinger) in Sachen Atomhaftpflicht, diesem anderen höchst wunden Punkt der Atomwirtschaft, der selbst jedem Laien das finanzielle und dahinter das Unfallrisiko augenfällig macht. Vollmundig kündigte Oettinger an, daß es endlich eine ordentliche gemeinschaftliche Regelung der Versicherung des Atomrisikos geben solle, und dann kreißt der Berg die sprichwörtliche Maus: 400 Milliarden Euro veranschlagte schon vor Fukushima das staatliche französische Institut für Strahlenschutz und Nukleare Sicherheit (IRSN) als Schadenssumme – und es gibt noch höhere Berechnungen. Und dann kommt Oettinger nach seiner Erstmeldung daher und bezweifelt noch, ob eine Versicherung auf 1 – in Worten: eine – Milliarde Euro unter der Mitgliedstaaten denn durchsetzbar sein wird!

Es wird also gelten, genau zu verfolgen, wie die Kommission aufgrund ihres Protokolls vom 18. Dezember weiter verfährt. Besonders, ob nur an der EURATOM-Präambel Änderungen beabsichtigt sind oder der Vertrag umfassender „an die neuen politischen Realitäten“ (Protokoll) angepaßt werden soll.

Jahrelange EURATOM-Aufklärung wirkt

Gewiß ist, daß die lange, hartnäckige Problematisierung von Europäischer Atomgemeinschaft (EAG) und EURATOM-Vertrag (EAG-V), diesem Relikt aus den 1950ern, die Kommission in Brüssel nun zu diesem ersten bescheidenen Schritt gebracht hat. Informationsmaterial, Aufklärungsarbeit, NGO-Konferenzen in Amsterdam und Brüssel während des EU-Verfassungsprozesses (2000 – 2005), Protestaktionen, landesweite Kampagnen, völker-/europarechtliche Gutachten zu den Optionen Abschaffung, Reform oder Vertragskündigung/-austritt, Resolutionen im Europaparlament, Parteienanträge im Deutschen Bundestag und im österreichischen Nationalrat, Landtags- und Gemeinderesolutionen – dieses Bündel an jahrelangen Aktivitäten zeigt erstmals sichtbare Wirkung bis in die EU-Spitze hinein.

Die österreichische Bundesregierung muß nun endlich ein Minimum an Mumm beweisen und in diese Bresche in der „Festung EURATOM“ ihren Fuß setzen – in anderen Worten: eine echte, umfassende Revision des EAG-V einfordern. Dafür die Reformvorschläge hervorholen, die dem EU-Verfassungskonvent in den Jahren 2002-2004 von NGOs unter der Federführung von Freunde der Erde Europa (FOE-E) unterbreitet wurden. Und nicht nur von Atomgegnerorganisationen: auch Grüne und SP-Europaparlamentarier (J. Voggenhuber, Jo Leinen,...) haben dem EU-Konvent ähnliche Reformentwürfe vorgelegt. Und sogar der Vertreter der österreichischen Regierung in diesem Gremium, der vormalige Wirtschaftsminister Johann Farnleitner!

Sollten letztlich jedoch weiterhin „die atomfreundlichen Kräfte in Europa die Oberhand behalten, ist als Option der einseitige Ausstieg Österreichs aus EURATOM voranzutreiben!“ Und zwar nicht nur von den Atomgegner-Organisationen und den Oppositionsparteien im Nationalrat, sondern endlich auch von unserer Bundesregierung. Dieser Schlußsatz in der Presseaussendung von atomstopp_oberösterreich vom 15.1.2014 wird vom gesamten Österreichischen Netzwerk Atomkraftfrei (ÖNA) geteilt.

Kundgebung von NGOs vor dem Atomium in Brüssel, 18.6.2003, am Rande eines internationalen Treffens zur Causa EURATOM-Reform bzw -Abschaffung, an dem auch EU-Parlamentarier und einige Staatenvertreter teilnahmen. Im Bild Vertreter/innen von atomstopp_oö und PLAGE mit einem unserer EURATOM-Transparente.

PLATTFORM NEWS

I M P R E S S U M

Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. **Redaktion:** Heinz Stockinger, Julia Bohnert, Gerhild Kremsmair, Peter Machart, Thomas Neff. **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567.
Bürozeiten: Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc.
Blattlinie: Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen.
Herstellung: Bubnik-Druck, Ebenau

PLAGE LESE TAGE

Ab sofort als Printversion bestellbar

„Noch mehr Geld für noch mehr Risiko? Der EURATOM-Vertrag zur europaweiten Förderung der Atomenergie"

Studie von Patricia LORENZ (Global 2000 / FOE-E), mit einem Vorwort von MEP Sabine WILS (Die Linke im Europaparlament)

Die Studie von Patricia Lorenz spiegelt die aktuelle Diskussion um eine Abschaffung des EURATOM-Vertrages wider. Es wird aufgezeigt, dass die „Europäische Atomgemeinschaft" dem selbstgesteckten Ziel, die nukleare Sicherheit in Europa zu fördern, nicht gerecht wird. Vielmehr entzieht der EURATOM-Vertrag die Sicherheit von nuklearen Anlagen der demokratischen Kontrolle des EU-Parlaments und der nationalen Parlamente.

EURATOM verbessert die nukleare Sicherheit in Europa nicht, sondern privilegiert die Atomindustrie und verhindert eine europäische Energiewende. Die Entscheidung über die Zukunft der Energieversorgung in Europa muss von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden.

***Bestellungen** der Printversion unter +32 / 22837664 (Büro MdEP Sabine WILS) – sabine.wils@ep.europa.eu, www.sabine-wils.eu*

Fortsetzung von Seite 1 (Nach Jubel auf der Hut bleiben)

bringen. Das Hinkley-Projekt würde natürlich nur als Speerspitze für einen weiteren Atomausbau „auf der Insel" dienen. Und vor allem scharren dahinter schon die Regierungen und Atomfirmen Tschechiens, Frankreichs, Polens und anderer Staaten in den Startlöchern.

Es kam anders. Am 9. Oktober meldete die Financial Times, die EU-Kommission habe die Pläne fallengelassen, die Atomenergie in den Beihilferichtlinien den Erneuerbaren Energien gleichzustellen und von Subventionsverboten auszunehmen. Jedenfalls vorläufig kam es anders. Die Generalvollmacht für Atomsubventionierung und der Durchmarsch für neue AKW-Bauten scheinen vom Tisch. Von Fall zu Fall aber Ausnahmen vom EU-Verbot für staatliche Energiebeihilfen zu beantragen steht den Atombetreibern weiterhin offen. Und David Cameron und seine Regierung treiben das Beihilfeansuchen für das AKW Hinkley Point C in Brüssel denn auch weiter. Im Frühjahr 2014 will die EU-Kommission darüber entscheiden.

Aber „feiern können wir den Erfolg dort und müssen jedenfalls drauf anstoßen!" Dazu lud unmittelbar nach dem Rückzug des Almunia-Entwurfs PLAGE-Obmann Heinz Stockinger – „mit noch etwas ungläubigem Augenreiben" – die Mitstreiter/innen im ÖNA ein. „Dort", nämlich auf dem ersten Koordinationstreffen des österreichischen Netzwerks im neuen Jahr. „Ich hab´s auch nicht glauben können", antwortete etwa Paula Stegmüller seitens der Wiener Plattform Atomkraftfrei, doch „bin jetzt durch eure Jubelmeldung ebenfalls in Jubelstimmung gekommen - mit antiatomgewohnten Vorbehalten natürlich!" Das ÖNA wird also hoch wachsam bleiben.

„Vorläufig jedenfalls", müßte man zu diesem Bild hinzufügen, mit dem das Umweltinstitut München seine Meldung vom Erfolg gegen die Subventions-Autobahn im Entwurf der EU-Kommission zum Beihilfenrecht illustrierte. Das UIM hatte in Deutschland zu den Motoren für den Protest gegen den Plan von EU-Atomlobby und Kommission gehört. (www.umweltinstitut.org)

Gegen Energiewende – Hintertüren für Atomkraft

Von langer Hand: Strategie der 16 EU-Atomstaaten nach Fukushima

Angriffswelle 1: *Atomfreie sollen Atomstaaten fragen!*

Der damalige **französische Industrieminister Eric Besson** hatte schon angesichts des deutschen Atomausstiegsbeschlusses im **Frühjahr 2011,** nur Wochen(!) nach Beginn des Fukushima-Dramas, eine Argumentationslinie vorgegeben: **Deutschland könne nicht einfach aussteigen, ohne seine EU-Partner zu fragen.** Das bringe ja deren Versorgungssicherheit in Gefahr! D.h. offensive, präpotente Umdeutung der Geschehnisse nach Fukushima: nicht das Festhalten an der Atomenergie ist die Gefahr, sondern der Ausstieg aus ihr. (Vgl. S. 4, „Nukleare Bevormundung durch Frankreich".)

Ein knappes Jahr nach Fukushima sodann, am **10. Februar 2012,** lud Besson die 16 EU-Staaten, die auf Atomkraft setzen, nach Paris ein. Auf dem „informellen Treffen" komplettierten und verfeinerten sie die

Eric Besson, Industrieminister unter Präsident Sarkozy: personifizierte nukleare Arroganz gegenüber Atomausstiegsstaaten.

Strategie, wie sich die atomare Zukunft in der EU auch trotz Fukushima absichern ließe. Es sei "normal", spielte der französische Minister das Treffen herunter, daß diese Länder „Erfahrungen austauschen und sich künftig vielleicht besser koordinieren", da die Kernenergie in Europa 28% der Elektrizitätserzeugung repräsentiere.
Dabei "koordinierten" sich die Atom-Länder schon längst auf vielfältige Weise untereinander, verstärkt seit Tschernobyl: die Staaten zB in den EURATOM-Gremien; in der Nuclear Energy Agency (NEA) – das ist die eigene "atomare Mätresse", die sich die OECD (Wirtschaftsorganisation der wichtigsten Industriestaaten) neben der Internationalen Energieagentur noch extra "hält"! –; die Atomindustrie im Weltverband der Kernkraftwerksbetreiber (WANO) mit dem europäischen Regionalzentrum in Paris, und im EU-Lobbyverband FORATOM usw. Zusätzlich trieben vor allem die Franzosen die Koordinierung der Atombetreiber innerhalb der EU an, aber auch darüber hinaus: die PR- und politischen Strategien von Electricité de France (EDF) und COGEMA/AREVA wurden systematisch in die ehemaligen Ostblockländer getragen, die nach dem UdSSR-Zerfall dankbar waren für diese westlichen "Beratungsprofis". Die stalinistischen Technokratenstrukturen sogen die feineren Durchsetzungsmethoden der westlichen Atomlobby dank Wesensverwandtschaft zügig auf.
Doch nach einem Beben, das die Atomwirtschaft der ganzen Welt durchbeutelt, sprich nach Fukushima, muß die Koordinierung der Atominteressen natürlich noch einmal … mindestens einen Gang zulegen …

PS: Übrigens, ist Ihnen aufgefallen, daß die französischen Nukleokraten auch in Japan wieder seit dem Frühjahr 2011 am präsentesten sind? Bald danach Staatsvisite von Frankreichs Präsidenten Nicolas Sarkozy (mit Besuch von Fukushima), technische Hilfsangebote des Atomkonzerns AREVA an Fukushima-Betreiber TEPCO, und das staatliche Institut de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire (IRSN) drängte sich den japanischen Betreibern und Behörden zwecks Kooperation bei der Analyse, Bewertung und Bewältigung der Strahlenfolgen des dreifachen SuperGAUs geradezu auf – und ist andererseits hochwillkommen dazu.

(Quelle: EUROPOLITICS, 10.2.2012, „Sixteen states talk nuclear power"; PLAGE-Archiv)

PLAGE aktiv!

Offener Brief der PLAGE

an Bundeskanzler FAYMANN, Außenminister SPINDELEGGER, Wirtschaftsminister MITTERLEHNER, Umweltminister BERLAKOVICH (19.9.2011)

Nukleare Bevormundung durch Frankreich?

EU-Finte gegen Atomausstieg – EURATOM-Fass läuft endgültig über!

»Laut Kronenzeitung von heute, Montag (siehe S. 1 – 3), **beabsichtigt EU-Energiekommissar Oettinger**, in seinem vorhergehenden Amt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg glühender Atomstromverfechter, **die Abschaltung von Atomkraftwerken eines Landes von der Zustimmung der anderen EU-Mitgliedstaaten abhängig zu machen.** Seit den ersten Tagen nach Fukushima bzw nach Beschluß des deutschen Atomausstiegs haben sich insbesondere französische Politiker für eine solche Bestimmung öffentlich wie hinter den Kulissen ins Zeug gelegt. Die Begründung der EU-Kommission folgt denn auch jener Frankreichs: es gehe um die "Versorgungs- und Energiesicherheit" in der Union.
Dass eine Reihe von Regierungen auch noch nach Fukushima an der Hochrisikotechnologie Atomkraft festhalten, ist unerträglich genug. Dass lernbereiten EU-Staaten aber über eine Hintertür der Atomausstieg verunmöglicht werden soll, schlägt dem EURATOM-Fass den Boden aus. Letztlich stellt das Oettinger-Papier sogar die "Gemeinsame Vereinbarung" von 1993 zwischen der EU-Kommission einerseits und Österreich sowie anderen Beitrittsländern andererseits in Frage. Mit dieser Vereinbarung sollte ja sichergestellt werden, daß jedes Mitgliedsland in der Wahl seiner Energiequellen frei bleibt.
Die Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) fordert die österreichische Bundesregierung auf, (...) jeder EU-Entscheidung in diese skandalöse, atomhörige Richtung eine entschiedene Absage entgegenzusetzen.

Warum nicht umgekehrt, Herr Kommissar?

Die vorbereitete „Überrumpelungsaktion" von EU-Energiekommissars Oettinger offenbart wieder einmal, mit welcher Verbissenheit entscheidende EU-Instanzen die Atomindustrie schützen und fördern: Nie fiele es ihnen offenbar ein, etwa umgekehrt von Staaten wie Frankreich oder Tschechien mit dem Argument künftiger Energie- und Versorgungssicherheit ähnlich zwingend zu verlangen, endlich viel mehr für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien zu tun! Eine solche Forderung sollten Österreich und andere Atomfreistaaten konsequent erheben: sie hat die Mehrheit der EU-Bevölkerung und das Argument hinter sich, daß mit den Erneuerbaren und mit Energieeffizienz wahrlich keine Katastrophen wie mit der Atomkraft möglich sind! Die Katastrophe in Japan bestätigt den österreichischen Weg – und eben nicht den französischen.«

*PS: Der **Salzburger Umweltlandesrat Walter Blachfellner**, der das Schreiben der PLAGE an die Bundesminister zur Kenntnis erhielt, unterstützte mit Antwort vom 22.9.2011 den „offenen Brief inhaltlich voll und ganz" und hatte „bei der diesjährigen Landesumweltreferentenkonferenz vom 10. Juni 2011" u.a. Beschlüsse zu EURATOM initiiert (siehe S. 8, rechte Spalte).*

Angriffswelle 2:
Atomkraft offen subventionieren – weil „CO_2-arm“ und gleichzusetzen mit den Erneuerbaren

Bereits 2012 preschten einige EU-Länder vor, um bei der EU großzügige Förderungen für die unrentable Atomkraft zu erwirken. Der Entwurf der EU-Kommission für eine **neue Richtlinie zu staatlichen Beihilfen im Energiebereich** entpuppte sich dann als eine Liebesgabe für die Atomindustrie: Atomstrom sollte danach als „CO_2-arm“ mit den Erneuerbaren gleichgestellt, ja, neue AKWs in der EU sogar bessergestellt werden als EE-Anlagen! Denn während das deutsche Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) zB Solarstrom auf 20 Jahre einen rentablen Abnahmepreis garantiert, will die britische Regierung einem Firmenkonsortium um Electricité de France (EDF) auf 35 - 40 Jahre hinaus einen kostendeckenden Preis für Strom aus dem geplanten AKW Hinkley Point C staatlich garantieren. Sonst waren EDF und Konsortium nicht bereit, den Hinkley-Bau vertraglich zu fixieren.
Egal, daß sie damit eingestehen, daß

Nuklear-Lobby macht Druck ● Doch neue Studie bestätigt:

Atom-Subventionen rechtswidrig

Linz (d.v.). – Die europäische Atom-Lobby macht gehörig Druck und will Milliarden an Subventionen für die Nuklearenergie durchsetzen. Eine aktuelle Studie der Uni Linz belegt nun, dass diese Beihilfen rechtswidrig sind und von der EU untersagt werden müssten.

KZ 24.5.13

◄ Temelin: Das AKW soll ausgebaut werden.

Oberösterreichs Umweltlandesrat Rudi Anschober (Grüne) sieht in der Studie einen neuen Trumpf gegen die Ausbaupläne der Nuklear-Lobby

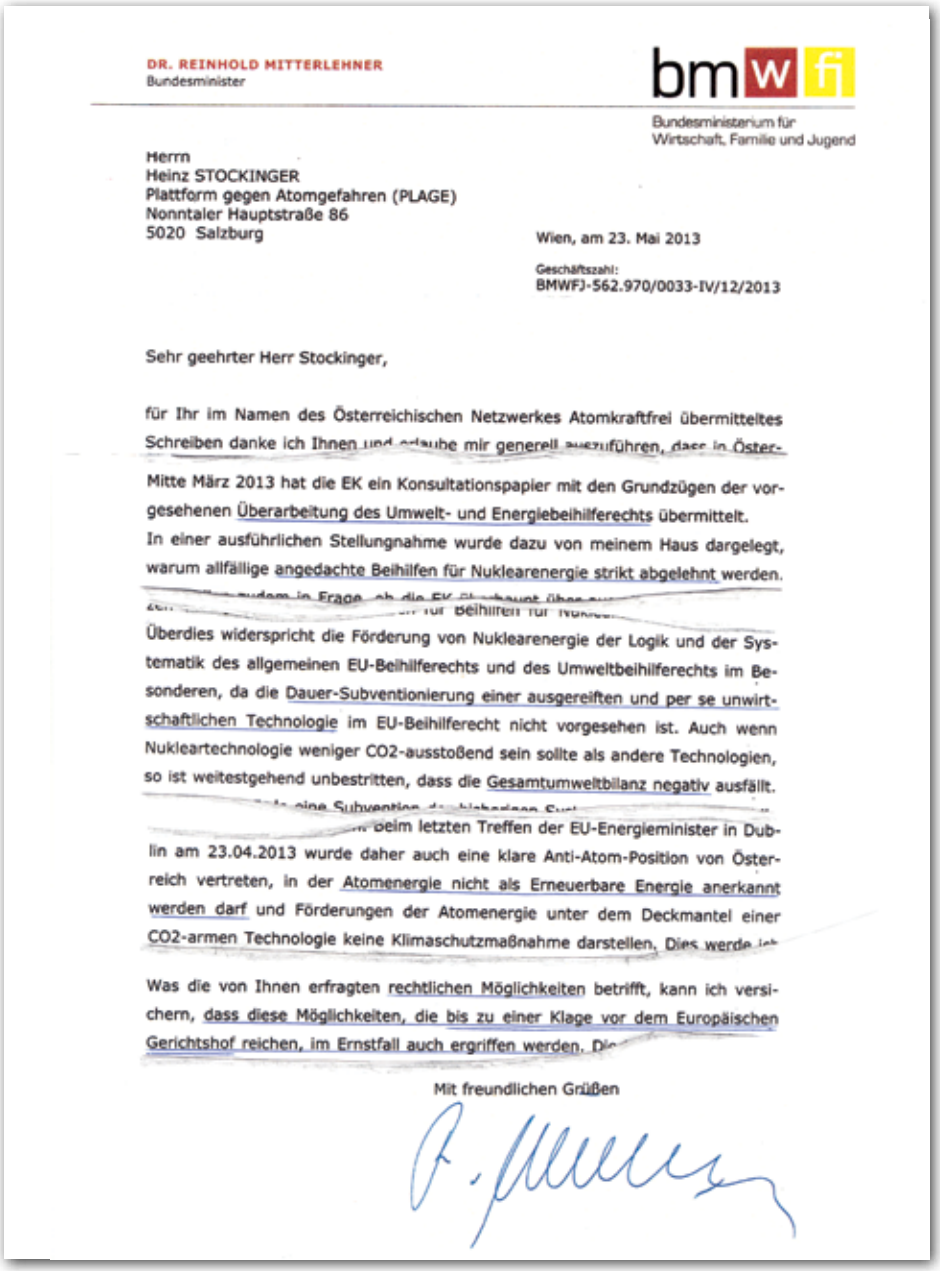
„Oberösterreichs Umweltlandesrat Rudi Anschober (Grüne) sieht in der Studie einen neuen Trumpf gegen die Ausbaupläne der Nuklear-Lobby“ berichtet die Zeitung. Anschober, der sich gegen die Pläne zu einer EU-Subventionserlaubnis für AKW-Neubau stark ins Zeug legt, hat einerseits selbstverständlich recht. Doch bekanntlich ist Recht in der Praxis durchaus dehnbar, und wenn der Europäische Gerichtshof sich zB „blind“ auf die völlig überholten, unzeitgemäßen Förderparagraphen des EURATOM-Vertrags stützt, dann könnte es auch zu einem EuGH-Letzturteil kommen, das eine atomfreundlichen Neufassung der EU-Beihilfenrichtlinie bestätigt.

Atomkraft ohne Förderung am Ende ist – lieber die Flucht nach vorn: Tschernobyl, Fukushima, SuperGAUs, die „unmöglich“ waren? Na und?! Atomkraft unrentabel? Na und?! Her mit dem Geld der Bürger! Die Lobby, mit der wir die Regelungen dafür „hoch droben“, in Brüssel, schon noch schaffen, die haben wir allemal noch!
Es kommt noch dreister: Der Richtlinien-Entwurf sah sogar den Ausbau der nuklearen Energieerzeugung als "erklärtes Ziel der Europäischen Union" vor. Dies würde den deutschen Atomausstieg direkt auf den Kopf stellen! Und Länder wie Österreich unter ein Atom-Diktat zwingen. Doch EU-Wettbewerbskommissar Almunia hatte noch die Stirn, auf erste Kritik zu erwidern, die „Kommission habe „nicht die Absicht, zu staatlicher Beihilfe für Atomkraft zu ermutigen oder es für Mitgliedsstaaten leichter zu machen, solche Beihilfen zu gewähren.“

(Quellen: Umweltinstitut München, 27.7.13; nuClear news, GB, Nov. 2013)

Britische Öffentlichkeit wacht auf

Kritik wurde atomgegner- und regierungsseits zuerst – bereits 2012 – in Österreich und in Deutschland laut. Dem schloß sich die Regierung Dänemarks an. Nachdem im Herbst 2013 die Vereinbarung zwischen der britischen Regierung und dem AKW-Betreiberkonsortium um EDF abgeschlossen war, schien endlich auch die britische Öffentlichkeit aufzuwachen. Sie war die ganze Zeit im Tiefschlaf verharrt, während der die britischen und französischen Verhandler sich abmühten, ihre Vereinbarung so hinzudeichseln, daß die EU-Kommission nicht anders gekonnt hätte, als sie augenblicklich als Garantie für unerlaubte Beihilfen abzulehnen. Unabhängige Expertengruppen wie die Energy Fair


DR. REINHOLD MITTERLEHNER
Bundesminister

bmwfj
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend

Herrn
Heinz STOCKINGER
Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE)
Nonntaler Hauptstraße 86
5020 Salzburg

Wien, am 23. Mai 2013

Geschäftszahl:
BMWFJ-562.970/0033-IV/12/2013

Sehr geehrter Herr Stockinger,

für Ihr im Namen des Österreichischen Netzwerkes Atomkraftfrei übermitteltes Schreiben danke ich Ihnen und glaube mir generell auszuführen, dass in Öster-

Mitte März 2013 hat die EK ein Konsultationspapier mit den Grundzügen der vorgesehenen Überarbeitung des Umwelt- und Energiebeihilferechts übermittelt.
In einer ausführlichen Stellungnahme wurde dazu von meinem Haus dargelegt, warum allfällige angedachte Beihilfen für Nuklearenergie strikt abgelehnt werden.

Überdies widerspricht die Förderung von Nuklearenergie der Logik und der Systematik des allgemeinen EU-Beihilferechts und des Umweltbeihilferechts im Besonderen, da die Dauer-Subventionierung einer ausgereiften und per se unwirtschaftlichen Technologie im EU-Beihilferecht nicht vorgesehen ist. Auch wenn Nukleartechnologie weniger CO2-ausstoßend sein sollte als andere Technologien, so ist weitestgehend unbestritten, dass die Gesamtumweltbilanz negativ ausfällt.

beim letzten Treffen der EU-Energieminister in Dublin am 23.04.2013 wurde daher auch eine klare Anti-Atom-Position von Österreich vertreten, in der Atomenergie nicht als Erneuerbare Energie anerkannt werden darf und Förderungen der Atomenergie unter dem Deckmantel einer CO2-armen Technologie keine Klimaschutzmaßnahme darstellen.

Was die von Ihnen erfragten rechtlichen Möglichkeiten betrifft, kann ich versichern, dass diese Möglichkeiten, die bis zu einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof reichen, im Ernstfall auch ergriffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Group kamen mit ihren Argumenten gegen das AKW-Projekt Hinkley Point C und gegen dessen angestrebte Subventionierung endlich auch in größeren Medien durch. Sie hat inzwischen von Wettbewerbskommissar Almunia in einem Schreiben verlangt, eine offizielle Untersuchung des Hinkley-Projekts und der dafür geplanten staatlichen Beihilfen in die Wege zu leiten. Die Energy Fair Group argumentiert, daß Subventionen für Atomstrom Mittel von anderen Energie-Optionen abziehen, welche allesamt besser und billiger sind; daß die Atomsubventionen schlecht sind für die Versorgungssicherheit, schlecht für den Kampf gegen den Klimawandel, schlecht für die Geldbörse der Stromkunden und Steuerzahler in Großbritannien, und europaweit schlecht für die Entwicklung der guten Alternatiiven Energieeffizienz und Erneuerbare, welche bereitstehen, billiger als Atomkraft sind und viel rascher realisiert werden können.
Einem Teil der Öffentlichkeit der Insel dämmerte auch, daß die Cameron-Regierung mit diesem Abkommen die britischen Stromkunden und Steuerzahler dazu verurteilt, auf Jahrzehnte französische und chinesische Atonmkonzerne zu subventionieren!

E.ON, RWE lassen Atompläne in GB fallen

Der Reihe nach nahmen die ausländischen Interessenten von den Atomneubauplänen der britischen Regierung Abstand. Auffälligerweise blieben zu "guter" Letzt nur Atomfirmen aus Staaten übrig, wo seit eh und je in einem stark zentralisierten Staatswesen diese Energieform von Staats wegen mit allen Mitteln gefördert und durchgesetzt worden ist: die französischen Staatskonzerne EDF und AREVA, mit der China General Nuclear Power Group (CGN) und China National Nuclear Corporation (CNNC).
Bevor diese – aber eben nur gegen das Zugeständnis satter Atomstrompreis-Subventionierung auf Jahrzehnte hinaus – mit der britischen Regierung den Vertrag zur Errichtung von zwei Reaktoren des Typs EPR in Hinkley Point (3.260 MW) unterzeichneten, hatten die deutschen Stromriesen E.ON and RWE ihre Pläne für neue Reaktoren auf der britischen Insel schubladisiert.

Mit ihrem Joint Venture Horizon hatten sie geplant, an britischen Standorten, zunächst Wylfa und Oldbury, bis 2025 Atomanlagen mit einer Leistung von bis zu 6.000 Megawatt zu errichten. Denn die dortige Gesetzgebung fanden sie atomfreundlicher als in anderen Ländern, zumal als in ihrer Heimat Deutschland. Doch trotz dieser politisch "g'mahden Wies'n" in Good Old Britain ließen E.ON und RWE ihre Pläne aus wirtschaftlichen Gründen fallen: zu besorgt waren sie wegen möglicher Kostenüberschreitungen, "wie man sie bei anderen Nuklearprojekten in Europa erlebt hat". Unausgesprochen stehen hinter dieser Äußerung die Erfahrungen gerade mit dem auch in Hinkley Point geplanten französischen EPR-Reaktor: dessen allererste Realisierungen – im finnischen Olkiluoto und im französischen Flamanville – liegen derzeit bei Kostenüberschreitungen um das Drei- bzw Zweifache.

(Quelle: Reuters, Frankfurt/London, 29.3. 2012)

Seite 2 — POLITIK — Donnerstag, 23. Mai 2013

Europas Energiedilemma: Streit um Subventionen für Kernkraft und hohe Preise

Österreich-Veto gegen Atom-Beihilfe

Vom EU-Gipfel berichtet DORIS VETTERMANN

Brüssel. – Die europäischen Atomstaaten machen vermehrt Druck und versuchen durch eine Hintertür Beihilfen für die Kernenergie zu beschließen. Doch beim gestrigen EU-Gipfel bekräftigte Bundeskanzler Werner Faymann sein Nein zur Atomenergie und legte ein Veto gegen die Subventionen ein. Beschlossen wurde hingegen der Bankdatenaustausch bis Jahresende.

„Das ist ein schlechter Tag für Steuerbetrüger", so Kanzler Faymann. Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf den automatischen Bankdatenaustausch von ausländischen Konten geeinigt – und zwar bis Jahresende. „Dieser Schritt ist wichtig für das Image und die Sauberkeit unseres Landes", so Faymann. Er betonte weiters, dass andere Länder außerhalb der EU mitziehen müssen, und dass auch in britische Trusts mehr Licht gebracht werden müsse. Auch Luxemburgs Premier Juncker stimmte dem Beschluss, nach anfänglichem Zögern, zu.

„Die Nuklear-Lobby ist spürbar unterwegs"

Kontroversiell verlief die Diskussion über den zweiten Punkt auf der Tagesordnung des EU-Rats: die Energiepolitik. „Die Atomlobby ist spürbar unterwegs", so Fay-

ziert werden, gleichzeitig sollen die Preise sinken. Tatsächlich droht die Höhe der Energiepreise in Europa zum großen Problem zu werden, auch im Vergleich zu den USA. Amerika profitiert von der Ausbeutung seiner Schiefergasvorräte durch das umstrittene Fracking – dabei wird das Gestein mit einem chemischen Gemisch aufgesprengt.

Kein Beschluss – Diskussion geht weiter

Während Polen und [illegible] Fracking

Mitterlehner unterschätzt Atomlobby - Veto für Atom-Subventionen

Bei Treffen der europäischen Energieminister droht Mauschelei der Atomlobby zu gewinnen

(Presseaussendung GLOBAL 2000, 15.6.2012)

Zwar wird hier europäische Atompolitik gemacht und der – im September 2013 zurückgenommene – Richtlinien-Entwurf der EU-Kommission zu den Subventionen begründet diese u.a. auch mit dem EURATOM-Vertrag. Doch formal geht es hier um das EU-Beihilfenrecht im Energiebereich. Während nun EURATOM-Materien Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten erfordern, kann die Kommission Änderungen des Beihilfenrechts allein entscheiden! Das heißt dann auch, daß es hier kein Veto geben kann! Das Gegenteil wäre gut, das „Veto des Bundeskanzlers gegen die Subventionen beim gestrigen EU-Gipfel" kann also bestenfalls ein klares Nein in der Runde der EU-Regierungschefs gewesen sein. Andererseits ist eben dieser politische Weg der richtige: die Kommission agiert nicht im luftleeren Raum, und je mehr weitere Regierungen Österreich, Deutschland, Dänemark mit ins Boot holen und auch iihre EU-Parlamentarier mobilisieren, umso eher wird die Kommission von einer atomfreundlichen Beihilfen-Richtlinie Abstand nehmen.

Angriffswelle 3 (aktuell):
Keine EU-Ziele mehr für Erneuerbare und Energieeffizienz – nur noch Ziel „CO_2-Reduktion“, Technologie dafür egal → Atomkraft subventionswürdig

Wie in der Titel-„Jubel“meldung berichtet, zog EU-Wettbewerbskommissar Almunia im September 2013 seinen Entwurf für eine neue atomfreundliche EU-Richtlinie für staatliche Energiebeihilfen angesichts der anschwellenden Protestwelle zurück. Die Kommission könnte in diesem Frühjahr damit wieder auf den Plan treten, scheint aber nun taktisch anders anzusetzen: Die Generalermächtigung der Atom-Mitgliedsstaaten, ihre neuen AKWs über horrende Strompreisaufschläge zu subventionieren, wird fallengelassen, aber: Die Kommission läßt nun, Anfang Jänner 2014, in ihrem Vorschlag zur Fortschreibung der EU-Klima- und Energiestrategie, auch ihre **bisherigen gleichwertigen drei Ziele fallen** – bis auf eines. Bisher galt „20-20-20“: bis 2020 um 20% mehr Erneuerbare (EE), 20% mehr Energieeinsparung (Effizienz) und 20% CO_2-Reduktion. Nur dieses, das CO_2-Reduktionsziel soll blei-

EU-Chef Barroso mit den beiden zuständigen Kommissaren Günther Oettinger (Energie) und Connie Hedegaard (Klima) bei der Verkündigung der neuen (Nicht-) Ziele der Union für 2030, die zudem den Atombetreibern eine Gasse öffnen.

ben, und jede CO_2-arme Technologie ist dann OK, egal welche Nachteile oder Risiken sie sonst noch mit sich bringen mag. Das nennt die EU-Kommission **„technologie-neutral“.** Und dann brauchen sie und alle Atomstaaten einfach bloß wider jegliche anderslautende Studie bei der Behauptung zu bleiben, Atomenergie sei CO_2-arm *(low-carbon),* und schon brauchen sich Großbritannien, Tschechien, Slowakei, Polen, Frankreich u.a. keinen Deut mehr scheren um den Ausbau der Erneuerbaren und um endlich effizienteren Energieeinsatz, sondern können fröhliche Urständ im AKW-

Seine Vereinigung „BusinessEurope“ begrüßt Atom-Vorstoß

Österreicher als Ober-Lobbyist für Atom bei der EU in Brüssel

Brüssel. – Während österreichische Politiker vom Bundeskanzler abwärts sowie Umweltorganisationen gegen das Pro-Atom-Geheimpapier der EU – (gestriger „Krone“-Bericht) – Sturm laufen, zollt ihr die einflussreiche Lobbyorganisation „BusinessEurope“ satten Beifall. An ihrer Spitze steht ein Österreicher!

Markus Beyrer, Ex-Chef der ÖMV, ist Generaldirektor für EU-Angelegenheiten der mächtigen Positionspapier – (liegt der „Krone“ vor)– liest sich wie die Positiv-Bilanz einer erfolgreichen Lobby-Intervention; natürlich harmlos verpackt.

So stimmt „BusinessEurope“ mit dem Brüsseler Vorstoß „für Technologieneutralität“ völlig überein, endlich allen Arten der Energiegewinnung die gleichen Marktchancen einzuräumen – durch die Ermöglichung von gleichen staatlichen Beihilfen. Atomkraft dürfe nämlich gegenüber den Erneuerbaren „nicht diskriminiert“ werden.

VON KURT SEINITZ

EU-Ja zu einem

Ausbau feiern!

Zugleich tut sich hier schön **von neuem die Hintertür für die nationale Subventionierung solchen AKW-Ausbaues** auf: neue Temelin-Reaktoren sorgen für CO_2-Reduktion, daher verdienen sie Förderung wie die EE, und würde nunmehr die CO_2-Einsparung als einziges Klima/Energie-Ziel der EU festgeschrieben, wäre solche Förderung – etwa eben über eine Preisgarantie für die Atomstromerzeuger – auch rechtens. Und wenn nun im Frühjahr 2014 die EU-Kommission das britische Abkommen mit Electricité de France (EDF) & Co. zu Bau und Betrieb des AKW Hinkley Point C mittels eines garantierten überhöhten Strompreises zu beurteilen hat, braucht sie die ursprünglich angestrebte atomfreundliche Änderung im **gemeinschaftlichen** Beihilfenrecht gar nicht mehr. Es könnte reichen, daß sie die 20:20:20-Ziele für EE-Ausbau und Energieeffizienz gekappt und nur das der CO_2-Reduktion beibehalten hat: diesem entspricht dann Tschechien mit dem Temelin-Ausbau und seiner Begründung dafür. Und analog in gleichgesinnten Staaten.

Laut Patrizia Lorenz von Global 2000 / FOE-E bedarf es dazu vorher eines „aufwendigen Hauptprüfungsverfahren und gute Stellungnahmen dazu an die Kommission“ könnten den Ausgang positiv beeinflussen. Gelingt uns das aber nicht, dann wird auch sehr fraglich, ob eine Klage vor dem EuGH wegen Wettbewerbsverzerrung eine Chance hat: Die rein politische Entscheidung, welche Klima- und Energieziele sich die EU gibt, erlaubt ihm kaum – wenn er es denn möchte – einen Spruch gegen die alleinige Beibehaltung des CO_2-Reduktionsziels. Und daß er im komplexen wissenschaftlich-technischen Streit „Spart Atomkraft CO_2 ein oder nicht?“ entscheidet, wenn ihm garantiert ganze Riegen von Experten beider Standpunkte die Aufwartung machen, ist auch nicht anzunehmen. Fazit: es wird kaum ein Urteil **gegen** die Staaten geben, die diese Frage eben mit Ja beantworten und daher mit AKWs der Vorgabe der EU-Kommission zur CO_2-Minderung nachkommen wollen und diese AKWs dann auch fördern.

Daß dabei der ganze Rattenschwanz an ökonomisch-finanziellen, ökologischen, gesundheitlichen, generationsbelastenden, sozialen, demokratiepolitischen und atommilitärischen Problemen völlig ausgeblendet wird – und zwar auch vor Gericht –, war in der Vergangenheit oft genug zu erleben. Ansonsten müßte das Höchstgericht der EU ja im Grunde tief, tief in die ganze argumentative Auseinandersetzung um die Atomenergie einsteigen und diese Auseinandersetzung dann auch... **entscheiden!** Das wiederum kann und dürfte es der Politik, der Wissenschaft und den Bürgern nicht abnehmen! Das möchte wohl auch niemand von uns. Also?...

Also, wenn **dieses Szenario Wirklichkeit** wird, dann bleibt mehr denn je nur eines – auch wenn der Dreh der Atomlobby in erster Linie über das Beihilfenrecht läuft: der **Eigenweg Österreichs raus aus EURATOM!** (Und möglicherweise dann weiterer Länder.) Wenn ein eigener Weg in einem Bereich gerechtfertigt ist, dann in diesem.

PLAGE aktiv!

Am 25.1.2014 beteiligten wir uns an events@KURIER.at:

„Noch eine Frage, Herr Bundeskanzler...“

„Die EU-Kommission verzichtet in ihrem neuen Klimaplan auf gemeinschaftliche Ziele für Erneuerbare Energien und sogar für Energieeffizienz. Die Mitgliedstaaten sollen Klima- und Energiepolitik einzig nach dem Kriterium CO_2-Einsparung machen (obwohl Kohlendioxid beileibe nicht der einzige klimaschädliche Faktor ist). D.h. alle Technologien dafür werden als ‚neutral‘, als gleichwertig hingestellt. Atomkraft wird so durch die Hintertür ‚subventionsfähig‘ (wie Erneuerbare). WOLLEN SIE, s.g. Herr Bundeskanzler, DEM ENTGEGENTRETEN und WIE?“

Und was ist mit Koalition der Atomfrei- & Ausstiegsstaaten?!

Die Allianzbildung der Atomfreistaaten war und ist äußerst schwach, seit 2011 aber wenigstens ansatzweise vorhanden.
(Vgl. S.5, rechte Spalte oben: Deutschland, Österreich, Dänemark.)

Kronen Zeitung
UNABHÄNGIG
www.krone.at
Salzburg, Karolingerstraße 36
REDAKTION: ☎ 0662/83 44 83-0 ABO-SERVICE: ☎ 05 7060-600
Faymann will Allianz gegen AKW-Förderung

EU-Entwurf: Förderung der Nuklearenergie

SPÖ für Allianz kontra Atomkraft-Subvention

Wien/Brüssel (d.v.). – Die EU-Kommission will der Atomindustrie den Rücken stärken und plant Förderungen für die Nuklearenergie. Bundeskanzler Werner Faymann baut gegen diese Pläne nun an einer gemeinsamen Allianz mit anderen Staaten, wie etwa Deutschland.

Dänemark unterstützte bereits im April die österreichische Position, auch Luxemburg fordert die Einschränkung der staatlichen Beihilfen. Atom-Staaten Großbritannien, Frankreich und Tschechien gebeugt. Im Herbst 2014 muss dann der endgültige Beschluss dazu

Bundesrat (D): EURATOM-Vertrag muß überarbeitet werden

Die Länder haben heute die Bundesregierung aufgefordert, die Bestimmungen des Euratom-Vertrages vor dem Hintergrund der energiepolitischen Zielsetzungen der EU, des Bundes und der Länder zu evaluieren und über die Ergebnisse zu berichten. Sie vertreten die Auffassung, dass der Vertrag, dessen zentrale Bestimmungen in ihrer Substanz seit 1958 unverändert sind, den heutigen Anforderungen an Sicherheit und demokratische Legitimation nicht mehr gerecht wird. Der Bundesrat hält daher eine Überarbeitung des Vertrages für notwendig.
Die Havarie des Atomkraftwerks in Fukushima müsse auch zu Konsequenzen im Umgang mit der Kernenergie in Europa führen.

(Quelle: Deutscher Bundesrat, Pressemitteilung 30.3.2012)

Blachfellner-Initiative: Umweltlandesräte offensiv zu EURATOM

Hinsichtlich EURATOM, der EURATOM-Gremien und der österreichischen Vertretung in EURATOM wurde von den Umweltressortchefs der österreichischen Bundesländer auf Initiative Salzburgs folgender Beschluss verabschiedet:
Die Landesumweltreferentenkonferenz ersucht die Bundesregierung, allen voran den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), den LandesumweltreferentInnen einen Bericht über die Haltung der österreichischen Vertretung im Rat der Europäischen Union zu EURATOM-Dossiers in den letzten 4 Jahren zu erstatten. Dieser Bericht soll die jeweiligen zur Abstimmung und Beschlussfassung betreffenden Themen enthalten sowie Aufschluss über das Abstimmungsverhalten des österreichischen Vertreters zu den jeweiligen Beschlüssen geben.
Die Landesumweltreferentenkonferenz bekräftigt ihre Position aus dem Jahre 2008, in dem eine Prüfung des allfälligen Ausstieges Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag verlangt wurde, und ersucht den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, sich für eine grundlegende Neuorientierung des EURATOM-Vertrags mit Zielsetzung der Forschung und Entwicklung von alternativen Energieformen einzusetzen und dementsprechend eine Zweckbindung der Mittel zu bewirken.

Walter Blachfellner, Landesrat,
(Mail, 22.9.11)

HOTSPOTS INT'L – Japan / Fukushima (1)

Holländischer Pensionsfonds ABP zieht Investitionen von TEPCO ab

ABP, der größte niederländische Pensionsfonds, hat zu Jahresbeginn seine Investitionen in Japans größten Stromversorger zurückgenommen. ABP hat verschiedenen Quellen zufolge „mehrere Millionen Euro“ bzw „einen substantiellen Betrag“ von der Fukushima-Betreiberfirma TEPCO abgezogen.
Laut ABP erfüllt TEPCO die Auflagen nicht, die der niederländische Fonds für seine Investitionen beachtet wissen will. Wie TEPCO in seiner Kommunikation mit den japanischen Behörden, mit der Öffentlichkeit und mit seinen Aktionären umgegangen sei, habe für ABP sehr zu wünschen übrig gelassen.

(Quelle: Daniël Meijers, Antikernenergie@ddh.nl, 7.1.2014)

HOTSPOTS INT'L – Japan / Fukushima (2)

Obdachlos zieht das große Atom-Los

Nette Idee der japanischen Behörden zur Dekontaminierung (Entseuchung) des AKW Fukushima: Unterstandslose als Liquidatoren anheuern. Eine Recherche der Nachrichtenagentur Reuters hat ergeben, daß die armen Kerle ohne Schutzkleidung auf das verseuchte Gelände geschickt werden. Und dafür € 4,40 die Stunde kriegen. Aber das wäre noch zu großzügiig: „Gleich an der Quelle wird ihr Lohn noch geschröpft, um damit die Kosten für die Verpflegung und Unterbringung – in baufälligen Schlafräumen – abzudecken.“ Man strahlt ob solch eines glänzenden Einfalls!

(Nach: Le Canard Enchaîné, 8.1.2014)

Hinter der neutralen Maske:

Im Oktober 2013 offenbarte ein internes Dokument aus der EU-Kommission das wahre Ausmaß der Energiesubventionen in der EU. Jährlich geben die Mitgliedstaaten an direkten und indirekten Förderungen

- ***40 Milliarden Euro Fördergeld für fossile Energien** aus,*
- ***35 Milliarden für Atomenergie,** und nur*
- ***30 Milliarden für Erneuerbare Energien.** („Nur", weil sie nicht bereits Jahrzehnte gefördert werden und weil sie noch jede Menge technisches Verbesserungspotenzial haben.)*

Diese Zahlen gehen aus einem offiziellen EU-Dokument hervor, das von EU-Energiekommissar Günther Oettinger herausgegeben wurde. Allerdings nicht aus der offiziellen Endfassung: in dieser wurde diese zentrale Information gestrichen! Die von Beamten seiner Generaldirektion Energie verfaßte Originalversion wurde gelöscht. Die Schlüsselpassagen, die das Ausmaß der staatlichen Beihilfen für fossile Energien und Atomkraft zeigen, dürften von Kommissar Oettinger höchstpersönlich gestrichen worden sein.

Letztlich sind die geschätzten 35 Milliarden Euro aber noch viel zu niedrig geschätzt, etwa weil es keine umfassende Haftungspflicht für AKW-Betreiber gibt.

Weltweit übrigens ist das Mißverhältnis laut Jahresbericht der Internationalen Energieagentur (IEA) – obwohl diese immer noch atom- und fossillastig ist! – noch krasser: 2012 wurden von den Regierungen weltweit

- **Kohle, Erdöl, Gas und Atom** *mit rund* **400 Milliaarden Euro** *subventioniert;*
- ***erneuerbare Energien** dagegen nur* **mit 75 Milliarden Euro.** *Wo ist „der freie Markt"??*

(Quellen: The Ecologist (GB), 24.10.2013; Süddeutsche Zeitung, 14.10.2013; Salzburger Nachrichten, 7.1.2014)

EU-Kommissar als Atomlobbyist

Oettinger drängt Litauen zu neuem AKW

Bürgerentscheid dagegen? Ihm egal!

Ein neues AKW, Standort Visaginas, sollte nach dem Willen der litauischen Regierung den RMBK-Reaktor in Ignalina, also eine sowjetische Anlage vom Tschernobyl-Typ, ersetzen. Ignalina wurde 2009 als Voraussetzung für Litauens EU-Beitritt stillgelegt.

Am 14. Oktober 2012 stimmten die Litauer jedoch in einem – nicht bindenden – Referendum gegen die Errichtung des AKW Visaginas. Und was tut EU-Energiekommissar Oettinger? Einen Monat nach dem Spruch des Souveräns erklärte er: Litauen wird es schwer haben, ohne ein neues Kernkraftwerk seine Energieversorgung zu sichern. Und gab noch eins drauf: Im gesamten Baltikum – d.h. neben Litauen, Lettland und Estland auch noch Finnland und das russische Gebiet um Kaliningrad (Königsgrätz) - werde die Energie-Unsicherheit bleiben, wenn das AKW Visaginas nicht gebaut werde.

"Es liegt an den litauischen Behörden zu entscheiden, ob sie das Referendum berücksichtigen oder nicht", meinte der EU-Energiekommissar weiter. Leichthändig geht er in einem Satz über eine Abstimmung des gesamten Wahlvolks eines EU-Mitgliedslandes hinweg!

Parallel zur Errichtung des AKW Visaginas durch Hitachi (JAP) plante Litauens Regierung einen schwimmenden Füssigerdgas-Terminal. Die Gasleitung dorthin sollte mit Ende 2013 fertig sein. Die Sozialdemokraten, die aus der letzten Wahl als stärkste Kraft hervorgegangen sind, sind gegen Visaginas, treten jedoch für den Gas-Terminal ein (wenn als regionales Projekt zusammen mit Lettland und Estland errichtet).

Der bald darauf abgewählte Ministerpräsident Andrius Kubilius von der konservativen Vaterlandspartei meinte: "Wenn wir nicht unser eigenes Kernkraftwerk bauen, geht unser Geld, das Geld der Konsumenten, der Bevölkerung in die Errichtung des KKW Kaliningrad (in Rußland)". Der gute Mann rechnete nicht mit der Atom-Überraschung des Jahres 2013 in Rußland: Im vergangenen Dezember wurden nach langer Gegenwehr der russischen NGO Ecodefense und von deren westeuropäischen Partnern, die die westlichen Banken zum Abspringen brachten, die Arbeiten am AKW Kaliningrad eingefroren!

(Quelle: EURACTIVE, 16.11.2012)

EU-Kommission unterbewertet die Atomkosten

BRÜSSEL (SN, AFP). Die Europäische Kommission benachteiligt in ihrer Energiepolitik Ökostrom gegenüber Atomenergie. Deren Kosten würden in den Szenarien aus Brüssel „systematisch" unterschätzt, die der erneuerbaren Energien hingegen deutlich überschätzt, heißt es in Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Weder in Europa noch irgendwo sonst auf Welt ist jemals ein Atomkraftwerk unter marktwirtschaftlichen Bedingungen gebaut worden", erklärte DIW-Forschungsdirektor Christian von Hirschhausen. Nur die Formen der Subventionierung unterschieden sich. 29.7.13

Zitat:

Täglich 4 Millionen Euro Subvention für neuen Reaktor.

Mit dieser Rechnung bricht der oö. Energie- und Umweltlandesrat Rudolf ANSCHOBER die Milliarden auf eine für den Normalbürger noch einigermaßen faßbare Größe herunter, die die britische Regierung unter David Cameron dem Errichter- und Betreiberkonsortium des geplanten AKW Hinkley Point C auf Kosten der Strom- und Steuerzahler garantieren will. Wenn EU-Kommissar Joaquin Almunia das als wettbewerbsgerecht akzeptieren sollte... Ohne diese Subvention des Hinkley-Stroms sind Electricité de France (EDF), der französische Reaktor-, Uran- und Atommüllkonzern Areva und ihre chinesischen Partner nicht bereit, sich auf den Bau einzulassen.

Briten-Spionage in EU-Kommission ungünstig für Atom-Subventionierung?

Die jüngsten Enthüllungen Edward Snowdens zeigen unter anderem, daß Großbritannien und die USA auch den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Joaquín Almunia, ausspioniert haben. Almunia ist gleichzeitig der EU-Wettbewerbskommissar. Und eben aus seinem Haus stammt der Entwurf für eine Neufassung des EU-Beihilfenrechts, der der britischen Regierung und der gesamten europäischen Atomlobby eine Autobahn zu direkten Subventionen freimachen hätte sollen, aufgrund der Widerstände im September 2013 aber vorerst zurückgezogen wurde.

Nach dem Auffliegen der Bespitzelung Almunias nun hat die EU-Kommission ihren Unmut über Briten und Amerikaner bekundet. Dies „ist nicht das Verhalten, das wir uns von strategischen Partnern, geschweige denn von unseren eigenen Mitgliedstaaten erwarten". Die EU-Mitgliedstaaten sind an den Grundsatz loyaler Zusammenarbeit gebunden, wie er in Artikel 4 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegt ist. Almunia selbst sagte zur New York Times, er sei darüber „sehr aufgebracht".*

Man kann zwar nur spekulieren, ob die Spionageaktivitäten der Briten im innersten Kreis der Europäischen Kommission Auswirkungen auf Brüssels Behandlung der Causa Hinkley Point haben werden. Begünstigen werden sie die Vorstöße Londons um eine Brüsseler Subventionserlaubnis für neue AKWs jedoch gewiß nicht.

(Quellen: SPIEGEL, 52/2013; Mark Johnston, no-nukes-Infonetzwerk, 21.12.2013)

* ***Vertrag über die Europäische Union***
Artikel 4.3 - Nach dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit achten und unterstützen sich die Union und die Mitgliedstaaten gegenseitig bei der Erfüllung der Aufgaben, die sich aus den Verträgen ergeben. (...) Die Mitgliedstaaten unterstützen die Union bei der Erfüllung ihrer Aufgabe und unterlassen alle Maßnahmen, die die Verwirklichung der Ziele der Union gefährden könnten.

Tschechischer Atomausbau: ohne Staatshilfe „schlicht unmöglich"!

Dieses unverblümte Eingeständnis der Wettbewerbsunfähigkeit von neuen Atomkraftwerken lieferte vor kurzem Pavel Cyrani vom staatlichen Stromkonzern CEZ, der bekanntlich über alle Widerstände im vergangenen Vierteljahrhundert den Ausbau von Temelin und Dukovany vorangetrieben hat. „Ohne staatliche Garantien werden wir nicht bauen. Weil es schlicht unmöglich ist." Man reibt sich die Augen angesichts ihrer offenkundigen Schizophrenie, die die Atomkraftwerker aber nicht anzufechten scheint – hält CEZ-Chefstratege Cyrani doch gleichzeitig am soeben von ihm widerlegten Atom-Märchen fest: „Atomkraft wird eine der billigsten Energiequellen bleiben und ist die beste Lösung zur Deckung unserer Energielücke in der Zukunft." (Quelle: Businessweek, 5.12.2013)

Mit „Oko-Bonus"-Trick und Berutung auf EU-Richtlinie:

Temelín-Bosse wollen Geld vom Staat für mehr Atomstrom

Wien (k. s.). – Kaum ist das Geheimpapier über die neue EU-Richtlinie zur Förderung von Atomstrom im Umlauf, meldet sich schon der erste „Kunde": Die AKW-Betreiber von Temelín wollen Subventionen!

Krone 22.7.13

will Bonus" für

Der Teufel im Detail oder: Tricks mit den Atomsubventionen

Wie streut man der Öffentlichkeit, sogar einer wachen und halbwegs informierten, Sand in die Augen?
Die britische Regierung argumentiert in ihrer Eingabe an die EU-Kommission zwecks Subventionserlaubnis für den Strom aus dem geplanten AKW Hinkley Point C, die Atomenergie sei klimaneutral (bzw. „low-carbon") und deshalb genauso zu fördern wie die Erneuerbaren Energien. Doch die dem potentiellen Hinkley-Erbauer und Betreiber EDF von Cameron & Co. gebotene Beihilfe ist beileibe nicht die gleiche wie die britischen Beihilfen für Erneuerbare:
David Toke, Assistenzprofessor für Energiepolitik an der Universität Aberdeen, vergleicht die Atomsubvention mit der Beihilfe für kommunale Windkraftanlagen. Das AKW Hinkley Point C soll 92,5 Pfund pro Megawattstunde bekommen, und das auf 35 Jahre hinaus und das Finanzministerium bürgt für 65% der für Hinkley aufgenommenen Kredite. (Was die Kreditzinsen natürlich enorm verbilligt.) Windstrom vom Binnenland bekommt ab 2018 pro Megawattstunde gesicherte 95 Pfund Erlös. Jedoch nur auf 15 Jahre und ohne irgendwelche Kreditgarantien. Und unabhängiige Windkraftbetreiber werden in Wirklichkeit viel weniger als 95 Pfund pro MWh lukrieren, eher rund 80 Pfund pro MWh, weil die Einspeisetarife nach dem britischen Contracts-for-Difference (CfD)-Schema nur den großen Elektrizitätsfirmen zugutekommen. Diese Big Utilities werden den Unterschied zwischen den genannten beiden Ertragszahlen (95 Pfund : 80 Pfund pro MWh) einheimsen.
(Quelle: nuClear news, Nr. 56, Nov. 2013)

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INT`L

„V4“-Staaten: Atomenergie nicht “diskriminieren”!

EU soll staatliche Beihilfen für neue Ost-AKWs zulassen

Die Premierminister der ehemaligen Ostblockstaaten der Visegrad-Gruppe („V4”): Jiri Rusnok (CZ), Donald Tusk (Polen), Viktor Orban (Ungarn), Robert Fico (Slowakei) - Photo: Gergely Botár

Unter dem Vorsitz Viktor Orbáns trafen sich die Regierungschefs der vier Visegrad-Staaten (V4) Mitte Oktober in Budapest. In ihrer Pressekonferenz nach dem Treffen sagte Ministerpräsident Viktor Orbán, daß die V4 den Einsatz der Atomenergie befürworten und von der Europäischen Union erwarten, daß sie „den mitteleuropäischen Ländern hilft, ihre Nuklearkapazität auszubauen.” Jedes Land habe das Recht, seine Energie aus den ihm verfügbaren Quellen zu gewinnen. Daher, so Orbán, dürfe “die Kernenergie nicht diskriminiert werden”. Die EU solle die Regeln für die staatlichen Beihilfen im Bereich der Energieinvestitionen entsprechend reformieren. Orbans Kollegen aus Tschechien, Polen und der Slowakei wiederholten diese Aussagen in Variationen. Alle zeigten sich auch entschlossen zur Nutzung von Schiefergas.

(Quelle: Ungar. Regierungs-Communiqué, 14.10. 2013)

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INT`L

Sozialgeld für ROSATOMs Atom-Vorhaben in Finnland?

Am 23.12.2013 wurde in Rußland berichtet, daß ROSATOMs internationaler Ableger RUSATOM Overseas ein Abkommen mit dem finnischen Stromversorger Fennovoima zum Bau eines Reaktors in Hanhikivi unterzeichnet hat.
Fennovoima schloß zur gleichen Zeit mit der russischen Firma TVEL eine Vereinbarung über Kernbrennstofflieferungen. Die Gesamtkosten einschließlich Brennstoff sollen sich auf rund 5,3 Milliarden Euro belaufen. ROSATOM wird laut Eigenangabe 34% der Fennovoima-Anteile am Projekt erwerben und das Geld dafür bis Februar 2014 auf den Tisch legen. Zuvor schon war in Rußland berichtet worden, daß ***ROSATOM die russische Regierung um Finanzierung aus dem Fonds der Staatlichen Wohlfahrtsstiftung ersucht hat.*** *Präsident Putin soll dieses Ansinnen zurückgewiesen haben. Doch die Wirtschaftszeitung Kommersant ließ durchblicken, daß ROSATOM doch Geld von der Wohlfahrtsstiftung bekommen könnte; die Frage sei innerhalb der russischen Regierung gerade in Diskussion.*

(Quelle: Vladimir Slivyak, Ecodefense, in: no-nukes network, 23.12.2013)

HOTSPOTS INT'L – Ungarn/Rußland

2 neue A-Blöcke von ROSATOM für Ungarn

Laut Interfax haben der russische Präsident Wladimir Putin und der ungarische Premier Viktor Orban Mitte Jänner in Moskau den Bau von zwei neuen Atomblöcken in Pecs (Südwestungarn) vereinbart. Die derzeitige Leistung des AKW-Komplexes in der Größenordnung von 2.000 Megwatt würde durch die neuen Einheiten verdoppelt.
Ein von Putin zugesagtes 10-Milliarden-Euro-Darlehen für den Pecs-Ausbau kommt beiden entgegen: Viktor Orban wurde die Kaufentscheidung erleichtert, und der staatliche russische Konzern ROSATOM macht das Geschäft.

(Quelle: Reuters Moskau, 14.1.2014)

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INT`L

Österreichische Einwendungen gegen ČZ-Energiekonzept

Dreißig Tage ist das Tschechische Energiekonzept 2013 – 2040... auf den Ämtern der österreichischen Landesregierungen sowie am Umweltbundesamt zur Einsichtnahme aufgelegen - mit der rechtlichen Möglichkeit, dagegen Einspruch zu erheben.
„Während unserer vierwöchigen Onlinepetition haben exakt 4.109 Menschen die Gelegenheit wahrgenommen, sich aktiv an der UVP gegen den geplanten massiven Ausbau der Atomkraft in Tschechien zu beteiligen!", freuten sich Roland Egger und Gabriele Schweiger, die Sprecher von atomstopp_oberoesterreich bei ihrer Bilanz zum Jahreswechsel.
„Das gegenständliche Energiekonzept für Tschechien für die nächsten 30 Jahre liest sich wie ein Plan aus grauer Vorzeit. Erkenntnisse aus Tschernobyl und Fukushima werden völlig ausgeblendet, die Kernenergie als sichere, umweltschonende Technologie gepriesen. Die elementare Frage der Atommüllentsorgung bleibt weitgehend ausgespart.", erläutern Egger und Schweiger. „Der Atomenergie wird eine derartige Vorrangstellung eingeräumt, dass für erneuerbare Energiequellen praktisch kaum mehr Platz bleiben kann. Allein die Tatsache, dass eine staatliche Preissubventionierung für AKW-Strom vorgesehen wird, gleichzeitig aber Förderungen für Photovoltaik zurückgefahren werden sollen, würde für diese noch vergleichsweise junge Branche in Tschechien das Aus bedeuten!"
Zu allem Überfluß sollen die tschechischen Steuerzahler/innen auf Grundlage eines „Contract for Difference" dafür „brennen“ so wie die britische Bevölkerung für die staatliche Atomstrom-Preisgarantie, ohne die das AKW-Projekt Hinkley Point C ein Riesenverlustgeschäft für Erbauer und Betreiber Electricité de France (EDF) würde. Darüberhinaus verstößt das gegen geltendes EU-Recht. „Das Europäische Beihilferecht sieht Strompreisstützungen nämlich ausschließlich für neue Technologien vor, um sie rascher bis zur Marktfähigkeit zu führen. Die Atomenergie

jedoch hat ihre Chance schon längst gehabt - und konnte nicht überzeugen."

„Trotz Privilegierung durch EURATOM, trotz Auslagerung entscheidender Kostenfaktoren wie Haftpflicht oder Atommüllentsorgung ist es der Atomindustrie nicht gelungen, Marktfähigkeit zu erlangen! Die Lüge vom "billigen" Atomstrom ist längst entlarvt und das vorliegende Tschechische Energiekonzept stellt eine hervorragende Gelegenheit dar, die Diskussion um die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis auch auf Europäischer Ebene anzukurbeln., so Egger und Schweiger abschließend.

(Quelle: atomstopp_oberoesterreich, Presseaussendung 2.1.2014)

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INTL

Atomstrom-Preisgarantie auch in der Türkei?

Seit 1970 gab es in der Türkei Absichten, Atomkraftwerke zu bauen. In den 1990er Jahren schien die Errichtung des ersten AKWs, insbesondere am Standort Akkuyu an der Südküste Kleinasiens, mehrmals bevorzustehen. Auch die PLAGE beteiligte sich mehr als einmal an Kampagnen, vor allem um Druck auf Siemens auszuüben, denn der deutsche Konzern baute damals noch auf das Atomgeschäft.

Nun, nach und trotz Fukushima, hat die türkische Regierung die Pläne so konkretisiert wie noch nie. Wie die meisten Atomstaaten mit ihren undemokratischen, zentralistischen oder gar diktatorischen Verhältnissen in der Gegenwart oder der nahen Vergangenheit (zB Osteuropa) hat auch die Türkei ein reichlich autoritäres, auf nationale Macht erpichtes Regime. Da wundert es kaum, daß das AKW Akkuyu nun aufgrund eines Abkommens der Türkei mit Akkuyu NPP JSC, einerTochterfirma des russischen Staatskonzerns Rosatom, verwirklicht werden soll. Und – da treffen sich die Atomfreunde jeglicher Regime – Rosatom wurde eine Preisgarantie für den Strom zugesagt, der aus Akkuyu fließen soll. Der türkische Premier Erdogan und sein Energieminister Taner Yildiz, blindwütige Atombefürworter („mindestens 23 Reaktoren bis 2023", Yildiz), können sich u.a. mit dem britischen Premier David Cameron „auf a Packl hau'n" – vgl. angestrebte Subventionierung des geplanten Meilers Hinkley Point C, s. S. 1, 3 (oben) 4, 7 (Mitte), 10 (oben).

(Quelle: Nuclear Monitor, NIRS/WISE-Amsterdam, 28.11.2013)

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INT`L

USA: Atomförderung nach EU-Muster?

Am 18. Dezember 2013 legte der Vorsitzende des Finanzausschusses im US-Senat, Max Baucus von den US-Demokraten, einen Vorschlag zu einer tiefgreifenden Neugestaltung des Steuersystems für die Energiewirtschaft vor. „Potentiell eine Super-Idee", meint dazu Michael Mariotte vom Nuclear Information and Resources Service (NIRS), „doch Senator Baucus' Vorschlag will ‚technologieneutrale' Anreize für ‚Clean-Energy'-Projekte, welche den ‚Kohlendioxidausstoß verringern', einführen. Das sind üblicherweise Code-Wörter, mithilfe derer Atomenergie zur „sauberen Energie" gestempelt werden soll. Und genau das hat Sen. Baucus vor: Atomkraft würde genau dieselben Steuererleichterungen bekommen wie Erneuerbare."

Der Gesetzesentwurf des US-Senators könnte direkt von dem abgeschrieben sein, mit dem die EU-Kommission den Absichten Großbritanniens und anderer EU-Atomstaaten 2012-13 entgegenkommen wollte – bevor sie ihn aufgrund der Proteste, nicht zuletzt aus Österreich, im vergangenen September zurücknahm (vgl. S. 1, 3 und weitere).

(Quelle: NIRS, 20.12.2013)

Frappant entsprechen die Erklärungen von EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso & Kollegen zur neuen, aber rückschrittlichen EU-Klima- und Energiepolitik den Vorstellungen des Lobbyverbandes europäischer Konzerne, Business Europe, der in der Karikatur von Freunde der Erde Europa (FOEE) die Fäden zieht.

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INT`L

Opole ist Polens Hinkley

Polen will neue Kohlesubventionen nach britischem Atomdeal-Muster

„Nicht einmal einen Monat, nachdem die britische Regierung langfristige Förderverträge für neue Kernkraftwerke angeboten hat, schlägt Polen nun das gleiche für neue Kohlekraftwerke vor," kommentierte Mark Johnston vom European Centre for Policy Studies die Neuigkeit. „Die Vorstöße in beiden Ländern unterstreichen neuerlich die Notwendigkeit, das geltende EU-Recht zu verteidigen und aufrechtzuerhalten . Und deshalb sicherzustellen, daß die EU-Kommission die rechtswidrige britische Staatshilfe im anstehenden Hinkley-Testfall (vgl. S. 1 ff) wirksam blockiert." (Sein Wort in Gottes Ohr! Vgl. S. 7 zur geplanten „technologieneutralen" Energiepoilitik der EU-Kommission.)

Polen trachtet, einer drohenden Stromknappheit zuvorzukommen, indem es PGE, den größten Energieversorger des Landes, zwingt, um 11,6 Mrd. Zloty (2,75 Mrd Euro) nahe der Stadt

Opole ein Kohlekraftwerk zu errichten – obwohl dieses laut Unternehmensleitung unrentabel sein wird, nachdem die Strompreise auf den tiefsten Stand seit 2008 gefallen sind. Gründe für den Preisverfall: einerseits hat die Wirtschaftsflaute den Strombedarf in der Eurozone gebremst; andererseits haben einige Länder den Markt mit Strom aus Sonne und Wind „überflutet", um die 2020-Ziele der EU für Erneuerbare Energien (EE) zu erfüllen. (Die EE-Ziele, die die EU-Kommission jetzt freilich kippen will – vgl. S. 7.)

„Aufgrund der subventionierten EE-Produktion heizen die Kraftwerksbetreiber derzeit ihr Geld bei den Schloten hinaus," stempelt dabei zB Grzegorz Gorski, Leiter des polnischen Ablegers des französischen Energiekonzerns GDF-Suez, die Erneuerbaren zum Sündenbock. Der Mann aus dem Energie-Establishment „vergißt" wie so viele andere, daß die EEn 1. junge Technologien sind, 2. viel weniger externe Kosten für Umweltschäden usw verursachen und 3. daß die eigentliche Ungerechtigkeit ist, daß in Deutschland über 2.000 Unternehmen von der EE-Abgabe befreit sind, bis hin zu einem Braunkohlekraftwerk des Stromversorgers Vattenfall selbst.

Für einen wirtschaftlichen Betrieb des geplanten Kohlemeilers in Opole müßten jedenfalls „die Strompreise um 50% steigen," sagt PGE-Vorstandsvorsitzender Krzysztof Kilian. Der Weg dorthin laut Kilian? Daß PGE für seine Stromproduktion aus Opole „staatlich garantierte Preise bekommt, ähnlich wie Electricité de France (EDF) in seiner Vereinbarung mit der britischen Regierung". (> Siehe „EU-Generalvollmacht für Atomsubventionierung...", S. 1 ff.)

„Opole ist eine hochriskante Investition," meint auch Marek Buczak, Manager beim Investmentfonds Quercus TFI in Warschau, welcher Wertpapiere in Höhe von 1,14 Milliarden Dollar verwaltet, darunter PGE-Aktien. „Wenn die derzeitigen Regeln nicht geändert werden, wäre es aus der Sicht der nichtstaatlichen Miteigentümer viel besser, Opole bleiben zu lassen." Auch von ihm also kommt so beiläufig der Wink in Richtung EU: Ändert die Regeln, erlaubt staatsgarantierte Strompreise, d.h. nichts anderes als: Subventionen für Kohle- und Kernkraftwerke (KoKW & KKW).

ATOMSUBVENTIONEN – RUNDSCHAU INT`L

Schweden lehnt britisches Geschäftsmodell für neue AKWs ab

Schweden wird bei seinem nuklearen Neuausbau nicht dem britischen Beispiel staatlicher Garantien zur Finanzierung neuer Reaktoren folgen, erklärte die Energieministerin des Landes im November am Rande einer Konferenz der Internationalen Energieagentur (IEA) in Paris. Schwedens Elektrizitätsriese Vattenfall hatte das britische Modell garantierter Einspeisetarife für Atomstrom in den höchsten Tönen gepriesen, weil dieses den Firmen helfe, in einem Markt mit niedrigen Strompreisen neue Reaktoren zu bauen.

„Wir werden in Schweden weder direkte noch indirekte Fördergelder für Strom aus neuen Atomkraftwerken ins Spiel bringen. Anders ausgedrückt, wir werden keinerlei Einspeisetarif für Nuklearstrom einführen," stellte Energieministerin Anna-Karin Hatt gegenüber Reportern in Paris klar. „Kernenergie in Schweden hat auf eigenen Beinen zu stehen, selbst für ihre Kosten aufzukommen, ihre Versicherungskosten zu bezahlen (?) ebenso wie die Kosten für die Bewältigung der Abfälle aus dem verbrauchten Uran."

Die jetzige Mitte-Rechts-Regierung in Stockholm machte 2010 die in den 1980er Jahren beschlossene Atomausstiegs-Politik rückgängig. Damit ist es wieder möglich, durch neue Reaktoren die bestehenden zehn, welche 40% der Stromerzeugung decken, zu ersetzen. Die Regierung betonte damals, daß es dafür keine finanzielle Unterstützung vom Staat geben werde, auch wenn die hohen Anfangskosten dazu führen können, daß Unternehmen ohne solche Hilfe mit Atominvestitionen zögern.

Hatt sagte ferner, daß Schweden bei dieser Haltung (die auch die jetzige britische Regierung anfangs hoch und heilig beteuert hatte!) bleiben wird. Und die EU-Kommission solle jegliche etwaige Wettbewerbsverzerrung im Binnenmarkt untersuchen.

Die Internationale Energieagentur (IEA) zeigte sich bei der Konferenz wieder einmal als aktiver Teil der globalen Atomlobby: Sie rief Schweden dazu auf, Energieszenarien für die Zeit nach 2030 zu entwickeln, in denen Atomenergie eine Rolle im Energiemix einnehme. Dabei solle es die Hürden in Betracht ziehen, denen sich Nuklearinvestitionen in einem liberalisierten Markt gegenübersehen. Die in Paris beheimatete IEA erklärte weiters, unter der Annahme einer Lebensdauer von 50 Jahren habe Schweden seinen alternden AKW-Park zwischen 2022 und 2035 zu ersetzen.

(Quelle: REUTERS, 20.11.2013)

Nachruf

„Alle Hinweise deuten auf einen Freitod hin, den Gillig aus gesundheitlichen Gründen suchte", schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 21. Jänner. Jahrzehntelanger Kampf kann einem auch Stärken verleihen, aber er mag auch zu solchen „gesundheitlichen Gründen" beigetragen haben... - Es wandelt einen in einem solchen Moment besonders sonderbar an, daß jahrelang immer wieder eine Ausgabe unserer PLATTFORM NEWS ins Auge gefaßt war, die einer Hauptaktivität **Gina Gilligs** gewidmet sein sollte: Nach und neben Tschernobyl-Engagement, Kampf gegen die WAA, Mitmachen bei „Atomwaffen abschaffen!" galt ihr Hauptaugenmerk nämlich dem zweiten „Forschungsreaktor München" (FRM-II) in Garching. Ein wesentlicher – und bis heute gültiger – Kritikpunkt war dabei: TU München und Bayerische Staatsregierung beharrten auf der Verwendung hochangereicherten und damit atomwaffentauglichen Urans im FRM-II, der 2003 in Betrieb ging und den FRM-I (Garchinger „Atom-EI") ersetzte.

Lob und Dank – „Wie gut ich es habe“

Eben füllte ich die Zahlungsanweisung für die PLAGE aus .... Und da kam es mir wieder in den Sinn, wie gut ich es habe: Ich setze bloß eine Zahl ein und "draußen" kämpfen viele Menschen für meine Überzeugung und gegen den AtomWAHNSINN! Und dafür danke ich Ihnen, Herr Stockinger, Ihnen Frau Bohnert und den vielen Mitarbeitern und Mitstreitern (egal welchen Geschlechts) und wünsche Ihnen allen viel Kraft und Durchsetzungsvermögen - unseren Nachkommen zuliebe!

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard Fink, 5400 Hallein, 14.1.14

Anm.d.Red.: Über solche Zuschriften freuen wir uns jedes Mal aufs neue!

Hochschülerschaft (ÖH) und Atomkraft

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Archivnutzung bei der Plage.
Im Rahmen des Seminars „Geschichte der ÖH Salzburg“ unter der Leitung von Ewald Hiebl und Johannes Hofinger recherchieren mehrere Studenten zu verschiedenen Themen der Geschichte der Hochschülerschaft.
Meine Recherchen zum Thema Atomkraft und Studenten (mit speziellen Schwerpunkten auf Zwentendorf und WAA Wackersdorf) bildet einen Teilbereich meiner Seminararbeit zum Thema "Ökologie und die ÖH Salzburg" (Arbeitstitel).
In der Arbeit sollen wesentliche Meilensteine auf dem Weg zur Bewusstseinsbildung der Studierenden skizziert werden.
Die im Seminar entstandenen Texte sollten im kommenden Frühjahr in einer kleinen Publikation der ÖH Salzburg erscheinen.

mit freundlichen Grüßen,
Lisa Wieder, 20.2.13

Portugiesische Jus-Studentin über PLAGE-Tagungsband “Updating International Nuclear Law”

Dear Heidi Stranzinger,
I already received the book and as far as I can see it seems really interesting! I think it will be very important to my work to have a different vision from the official one.
Thank you for all your help, you have been very kind with me.
I wish that all your work is reward and I am sure that nature and the future generations will thank you!

Best regards
Flávia Machado, 15.2.2012

„Spallation“?

Ich habe kürzlich den Begriff „Spallation“ gehört und hätte gerne gewusst, was Sie davon halten. Könnten Sie bitte ihre Meinung dazu im nächsten Heft der Plattform News veröffentlichen. Herzlichen Dank für die Zusendung der letzten News.

Mit freundlichen Grüßen
A.Grafinger, Salzburg, 19.2.2012

Spät, aber eben doch bringen wir – in größeren Auszügen -, unsere damalige Auskunft an die Absenderin:

Danke für Ihre interessante Anfrage und Anregung für die PN. Ich erinnere mich, vereinzelt dazu erschienene Artikel gesammelt zu haben – auch über eine (geplante?) Spallationsquelle in Österreich (wohl statt des Seiibersdorfer Forschungsreaktors). Da dies aber ein „Nebenthema“ zur großen Atomproblematik ist, sind diese Artikel höchstens zum Teil eingeordnet bzw ohne übermäßigen Aufwand auffindbar.

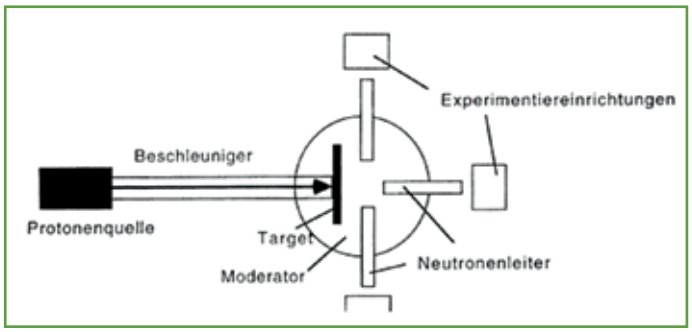
Das ist aber nicht weiter hinderlich: Ich bin übers Internet rasch beim Umweltinstitut München (UIM) fündig geworden. (...) Hier ein Auszug, in dem das zur Sprache kommt, was uns Laien/Bürger zuvorderst interessiert: Welche etwaigen Risiken sind mit dieser Technik verbunden bzw wie sind sie im Verhältnis zu anderen nuklearen Technologien? (...) Am UIM-Artikel hat man jedenfalls ungleich mehr als am Wikipedia-Eintrag unter „Spallation“.
Das kritische Münchner Institut zitiert u.a. aus einer Denkschrift, die 1991 von „Naturwissenschaftlern des Physik-Departments der Technischen Universität München“ verfaßt wurde und „zu einer konstruktiven Diskussion über Forschungsreaktoren beitragen sollte. Sie untersuchten einerseits das Konzept des geplanten Münchner Forschungsreaktors FRM II (> vgl. Nachruf auf Gina GILLIG, S. XXX) und andererseits Spallationsquellen als Alternative zu Forschungsreaktoren. Ihr Ergebnis kurz zusammengefaßt:

„Spallationsquellen sind Forschungsreaktoren unter den Gesichtspunkten Sicherheit, Abfallentsorgung und Verfügbarkeit überlegen. Ihr Betrieb ist aus ökologischer Sicht dem eines Reaktors vorzuziehen. Für den Experimentator ist die Zeitstruktur des Neutronenstrahls ein weiterer Vorteil, der sowohl für die konventionelle Neutronenforschung, als auch im Hinblick auf völlig neue Anwendungen und Experimente (z.B. Myonen) nicht zu unterschätzen ist. Lediglich die höheren Kosten und der Energieverbrauch von Spallationsquellen sprechen gegen diese, wobei jedoch zu bedenken ist, dass es bisher keine echten Vergleichsrechnungen für Reaktoren und Spallationsquellen gibt, die den unterschiedlichen Qualitäten beider Systeme wirklich gerecht werden. Angesichts der Probleme, die beim Bau und Betrieb von Kernreaktoren auftreten, ist es unsinnig, weiterhin auf diese als Neutronenquelle zu setzen.

(...) Derzeit ist die Verfügbarkeit von Spallationsquellen noch geringer als von Reaktoren. Fällt eine der vielen Komponenten aus, so läuft die Anlage nicht, wobei die Abschaltung völlig risikolos ist.
Die Menge des hochradioaktiven Materials, das im laufenden Betrieb anfällt (...), ist bei der Spallation geringer, der Anfall an mittelradioaktivem Material jedoch höher, wenn die Spallationsquelle rückgebaut werden soll.
Der Energieverbrauch pro nutzbarem Neutron ist bei beiden Quellen etwa gleich, wenn man den vor- und nachgelagerten Brennstoffpfad eines Reaktors mit einbezieht.“

Politologe sucht Information zu EU-weiten AA-Kampagnen

Ich hätte wieder einmal ein paar Fragen bei denen Sie mir hoffentlich weiterhelfen können.
Ich bin gerade eben dabei über europaweite Antiatomkampagnen eine Recherche zu machen, da mich das Thema sowohl persönlich als auch aus politikwissenschaftlichem Interesse heraus anspricht.
Nun wollte ich Sie fragen, ob Sie vielleicht jemanden bei Global 2000 kennen, den ich als Kontaktperson zur aktuellen EU-Bürgerinitiative „Meine Stimme gegen Atomkraft“



Schematischer Aufbau einer Spallationsquelle (Quelle: Webseite Umweltinstitut München)

befragen könnte bzw. ob Sie mir vielleicht Newsletter oder Homepages empfehlen können, durch die ich mich auf dem Laufenden halten kann. Gleiches würde mich auch zu einer älteren Initiative interessieren (http://million-against-nuclear.net/).
(...)

Andreas Pfützner, 22.3.2013

Am 22. März 2012, 19:02 schrieb Heinz Stockinger

Die Kontaktpersonen bzw Campaigner dazu bei Global 2000 sind Reinhard UHRIG und Sven HERGOVICH.
Wenn wir schon dabei sind, flechte ich ein, daß ich der EBI sehr skeptisch gegenüberstehe. Zum einen aus genereller Erwägung: jegliches Ergebnis ist unverbindlich für die EU-Instanzen, wie Volksbegehren in Österreich. Und eben dies hat sich als entscheidender Pferdefuß erwiesen: da die Regierungen und Parlamentsmehrheiten die VBn fast allesamt nach Proforma-Behandlung schubladisiert haben, hat sich dieses (Mitsprache-, aber nicht Mitbeteilitgungs-)Instrument im besten Fall zur politischen Ersatzbeschäftigung, im schlechtesten zu einem kontraproduktiven Vorgang (durch Abnützung und Frust schadet man den Anliegen im besonderen und der Engagementbereitschaft der Bürger/innen im allgemeinen, anstatt diese zu befördern).
Zum zweiten speziell in diesem Fall: zwei (innerösterreichische) EURATOM-VBn (Greenpeace ca. 2003/04, atomstopp_oö 2010/11) sind bereits gescheitert, mit etwas über und dann sogar unter der 100.000er-Mindestmarke. (...) Auch auf europäischer Ebene kann alles, was nicht ein massives rauschendes Ergebnis (zumindest über 500.000 Unterstützungserklärungen) ist, von der EU-Komm und der eur. Atomlobby als eine Art Minderheitsfeststellung hingestellt werden, so mit dem Tenor: „Da hieß es, Aber- und Abermillionen wollten nach Fukushima den Atomausstieg, und jetzt schauen sie sich dieses Ergebnis aus X EU-Staaten an: ganze 4%/6%/10% (Hausnummern von mir) der EU-Bürger haben sich an der EBI beteiligt."

„Sinnvoller, wesentlicher, erfolgversprechender"...

An der EU-weiten Unterschriftenaktion „1 Million..." hat die PLAGE sich damals (2005? 2006?) beteiligt. (...) Mit Blick auf die jetzige EBI sollte einem zu denken geben, daß schon damals – wenn auch vor Fukushima, gewiß – das angestrebte Ziel deutlich verfehlt wurde: die Unterschriften-Kampagne kam auf einiges über 600.000 Unterschriften. (Und ein Volksbegehren oder EBI als formaler, amtlicher Akt erfordert von Bürger und Büürgerin weitaus mehr als bloße Unterschriftenleistung!).
Für sinnvoller, wesentlicher, erfolgversprechender halte ich konzertierte, nachhaltige Initiativen möglichst vieler eur. NGOs zur Änderung der rechtlich-politischen Grundlagen, die in der EU die Atomindustrie so schamlos begünstigen. An erster Stelle also des EURATOM-Vertrags. Eine solche gemeinsame Anstrengung im Zuge der versuchten EU-Verfassungsgebung (ca. 2000-2005) hat den EURATOM-Vertrag zwar auch nicht „derhob"n", ist damals aber ziemlich weit gelangt und hätte nach Fukushima mehr Chancen. Und dann wäre die Situation an der Wurzel, wäre die Ausgangslage reformiert (was uns in Zukunft von vornherein viele, wenn nicht gar alle neuen A-Anlagen ersparen würde).
Aber auch thematisch eingegrenztere Kampagnen würden, bei möglichst gemeinsamem und längerfristigem Vorgehen, Sinn bzw Erfolgschancen in grundlegender Hinsicht ergeben. Etwa wenn man es sich zum Ziel setzte, das strenge, von der Atomlobby wie vom Teufel das Weihwasser gefürchtete öst. Atomhaftungsgesetz zunächst mal bloß auf 1 – 2 weitere EU- oder auch Außer-EU-Staaten zu übertragen (klarerweise „Atomfreistaaten" wie Luxemburg, Irland, Dänemark...). Da könnte sich dann Schwungkraft entwickeln, die weitere Nichtatomstaaten mitziehen würde.

Alles Gute! H. Stockinger

Lieber Herr Stockinger,

Mal wieder besten Dank für die vielfältige Expertise, die Sie mit mir teilen! Ich finde das alles sehr interessant, weil es sehr schön das Dilemma anspricht, das ich gerade politikwissenschaftlich analysieren möchte : das Problem der antiatomaren Bewegungen, sich in einem auf undemokratischen Grundprinzipien gebauten europäischen Raum gegen eingesessene Wirtschaftsinteressern mit ihrer Meinung Gehör zu verschaffen. Dabei bietet sich die aktuelle (EBI-)Kampagne nach Fukushima natürlich als empirisches Beispiel an, da sich anhand ihres Verlaufs Möglichkeiten und Grenzen einer 'europäischen' Öffentlichkeiten als Protestkanal zeigen lassen.
Da ich gerade dabei bin das Ganze zu systematisieren, hilft mir ihre Email mal wieder ungemein weiter, da sie potentielle Probleme und andere Einflusskanäle zeigt. Sollte ich mal wieder nach Sbg kommen, würde ich mich wieder bei Ihnen melden, um mich noch genauer (...)

Liebe Grüße
Andreas Pfützner

EURATOM: Schulterschluß mit deutschen A-Gegnern suchen

Ihr Vortrag (5.7.12, München, EURATOM) war höchst interessant
ich muss noch mehr nachlesen z.B. wieviel Millionen Deutschland laut Euratom Vertrag zahlt.

Bis bald mal
liebe Grüße aus Erlangen
Sabine Klier

SONNE WIND&CO

Energie- und Forschungszentrum Guggenmos

Solarpark oder Ackerfläche? Beides ...

Solaranlagen auf Ackerflächen sind seit längerem umstritten. Vor allem Landwirtschaftspolitiker verweisen auf den Konflikt zwischen Energieerzeugung und Nahrungsmittelproduktion. Manfred Guggenmos geht in seinem Energie- und Forschungszentrum Guggenmos für erneuerbare Energien von einem ganz anderen Ansatz aus. In einer Muster-Freiflächenanlage wird erforscht, wie landwirtschaftliche Erträge auch unterhalb der Solar-Module möglich sind. Die Aufständerung ist so hoch, dass der Landwirt darunter mit seinen Maschinen und Geräten den Acker bestellen, ansäen und ernten kann. Auch Tierhaltung wird problemlos möglich sein. Unsere Tiere jedenfalls fühlen sich im Kleinklima unter den Modulen wohl.

Aber grau ist alle Theorie! Besuchen Sie uns in Warmisried und sehen Sie selbst.

PLAGE aktiv!

Ein Transparent auf Reisen
Oder wie erreicht man mit unseren Themen die Bürger

Bericht von Stefanie und Thomas Neff

In den letzten 35 Jahren unserer aktiven Zeit erweiterten sich zwar die Möglichkeiten aktiver Bewusstseinsarbeit im Umweltbereich beachtlich. Eine grundlegende Verbesserung im Sinne einer aktiven Veränderung ist allerdings nicht festzustellen. Eher das Gegenteil ist der Fall, mit einem Mausklick und eventuell einem kleinen, natürlich auch wichtigen Unterstützungsbeitrag hat der interessierte Bürger seine Schuldigkeit getan.
Auch die anstehenden Notwendigkeiten zur Veränderung werden immer mehr. Man erinnere sich: „auf einmal“ kam die Gentechnik „daher“! Heute sollte man sich längst kritisch in die Nanotechnologie einmischen. So werden, vereinfacht gesprochen, immer weniger Personen immer aktiver, mit viel Engagement und Beständigkeit.
Themen wie: Europäische Atomgemeinschaft, EURATOM-Vertrag mit der einseitigen Förderung der Atomenergie seit 1957 und unserer Forderung „Raus aus Euratom“, oder die Knebelung der WHO durch die IAEO seit deren Abkommen 1959 sind in der öffentlichen Wahrnehmung teilweise nicht präsent.

Fahne „RAUS-AUS-EURATOM!“ gegen einseitige Förderung dieser Energieform seit 1957

Im Jahre 2011 Atomenergie in der EU mit Euro 35 Milliarden Euro gefördert, Tendenz steigend. Dazu kommt eine indirekte Förderung durch lächerlich niedrige Haftpflicht: die Versicherungssumme für 100 österreichische Autos ist höher als für ein Atomkraftwerk!
„Keine Mitgliedschaft bei EURATOM!“ wurde von der Salzburger Plattform ausgehend schon vor dem EU-Beitritt (Volksabstimmung 1994) im damaligen Dachverband AntiAtomInternational (AAI) gefordert. Später wurde dieses Ziel unter der Parole „Raus aus EURATOM!“ von Atomstopp_Oberösterreich massiv aufgenommen, und u.a. mit dem Projekt der 100 Fotos von 100 Gipfeln mit der „RAUS-AUS-EURATOM“- Fahne weiter entwickelt.
Daraus ergab sich dann „wie von selbst“ unsere Aktion: ***Ein Transparent auf Reisen.***
Und rasch gab es eine Erweiterung auf drei internationale Thematiken, das generelle „Atomkraft nein danke“ mit eingerechnet. Dabei war das Transparent WHO / IAEO (Knebelvertrag) mit fast 6 Metern Länge sehr schwierig zu händeln. Also das hat geheißen: ob zu Fuß, per Rad, mit dem Auto, Bus oder Flugzeug, immer waren diese Transparente mit auf der „Reise“, um an den verschiedensten Orten Erinnerung zu verbildlichen, Bewusst-Sein zu dokumentieren.
Die dabei in den letzten Jahren entstandenen Situationen könnten ein Buch mit vielen Seiten füllen.

Um einige zu erwähnen:

In Brüssel – im EU-Parlament, in der Kommission und in der ständigen Vertretung Österreichs – wurden wir von so vielen Sicherheitsbeamten in die Mangel genommen, dass es schon eine „Freude“ war. Die wussten echt nicht, wie man mit Personen umzugehen hat, die eben „nur ein Foto“ im inneren Bereich des Machtgefüges, mit einer Botschaft versehen, machen möchten.

Ausgangsidee: Fotos als „Aufhänger“ transportieren eine zusätzliche Botschaft.
Einfache zusätzliche Botschaften, die zu einer weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema führen sollten.
Bei Veranstaltungen ist die Möglichkeit, eine Botschaft an die interessierten Bürger zu bringen, sehr begrenzt. Es gibt meist keinen Strom (zB für einen Beamer) und wenig Möglichkeit, auf sich aufmerksam zu machen. Daher dachten wir zunächst an „Roll-Ups“, aufrollbare Leinwände mit Standfuß von 1 x 2 Meter. Die Botschaft steht im Raum, und jeder kann schauen. Der/die Neugierige können sich weitere Informationen holen; wer damit nichts anzufangen weiß, kann seines Weges gehen.
Da es bei den Aufnahmen unterwegs immer auch zu Fragen und Diskussionen mit anderen Personen kam, entwickelte sich der Plan, die Botschaften gepaart mit den Fotos als „Kunstprojekt“ zu verbreiten: die Informationen und außergewöhnlichen Fotos gedruckt auf großen Transparenten (9 x 2,2 Meter). Diese Idee reifte stetig weiter, und derzeit halten wir bei sechs Transparenten, die ihre Botschaft präsentieren und darauf warten, „aufgehängt“ zu werden: auf Kunstausstellungen – derzeit ist eine in Wien in Vorbereitung –, in Galerien, Kunsthallen und auf Veranstaltungen und Demos, wo sich diese Botschaften „selber verbreiten“ können.

Im Europaparlament 21.6.2011, v.l.n.r.: Markus Ehrenpaar (Naturschutzbund Steiermark), Hannes Augustin (Naturschutzbund Salzburg), Thomas und Stefanie Neff (PLAGE).

Aber auch sehr gefährliche Aufnahmen unter einem aktiv kalbenden Gletscherabbruch, wo sich der eisige Untergrund schwimmend verkeilt hatte, waren darunter. Jederzeit konnten sich Teile des Gletscherbandes lösen. Und dabei bestand so gut wie keine Möglichkeit, wieder den rettenden festen Gletscheruntergrund zu erreichen.

Wem fallen weitere Möglichkeiten ein?

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665M

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 3 – 4 mal pro Jahr
Die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber
aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E

Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Nonntler Hauptstraße 86, 5020 Salzburg, Homepage: www.plage.cc
Spenden: Salzburger Sparkasse, IBAN: AT382040400000001313, BIC: SBGSAT2S